

Antwort auf aktuelle Fragen

Oie Klassendiktatur der Monopolbourgeoisie

Jugend ohne Schutz vor Ausbeutung und Diskriminierung

Vor mehr als hundert Jahren, 1866, forderte Karl Marx, angesichts der hemmungslosen Ausbeutung junger Menschen, daß die Jugend besonders geschützt werden müsse, daß es Pflicht der Gesellschaft sein muß, für sie einzustehen. Dieser und anderen Forderungen der Arbeiterklasse entsprach die kapitalistische Gesellschaft stets nur in dem Maße, wie sie dazu gezwungen wurde.

Auch heute ist es die Profitwirtschaft im Interesse einiger tausend Multimillionäre, die es den Regierungen der kapitali-

stischen Länder unmöglich macht, die sozialen und gesellschaftlichen Probleme im Interesse der werktätigen Menschen zu lösen, wie Genosse Erich Honecker in seiner Rede zur Eröffnung des Parteilehrjahres in Dresden feststellte. Zunehmende soziale Unsicherheit spüren tagtäglich die Millionenmassen, insbesondere auch die jungen Leute in den kapitalistischen Ländern. Ihnen wird zwar vorgegaukelt, daß sie in Freiheit aufwachsen würden. Aber was ist das für eine Freiheit?

Zurücksetzung vor allem für Arbeiterkinder

In den imperialistischen Ländern ist in den letzten Jahren manche neue Schule und moderne Universität entstanden. Auch neue Bildungsmethoden haben Eingang in die Praxis gefunden. Jedoch die Diskriminierung im Bildungswesen, die muffigen alten Bildungsschranken und die entsprechenden Bildungsinhalte sind geliebt und sollen erklärtermaßen auch bleiben.

Genau wie vor hundert Jahren haben auch heute noch die Kinder der Reichen größere Chancen auf eine höhere Bildung als die Kinder derjenigen, die durch ihrer Hände Arbeit erst die Mittel für das Schulwesen und seine Modernisierung schaffen. So hat beispielsweise in der BRD — nach einer

Feststellung des Bonner Ministeriums für Bildung und Wissenschaft — das Kind eines Beamten eine viermal so große Chance als das Kind eines gelernten Facharbeiters auf das Gymnasium zu gelangen, das erst den Weg zum Hochschulstudium öffnet. Die Chancen des Sohnes oder der Tochter eines angelernten Facharbeiters sind sogar neunmal geringer.

In einer Reihe imperialistischer Länder geht die Zahl jener jungen Leute in die Millionen, die entweder überhaupt keine Möglichkeit haben, zur Schule zu gehen, oder diese wenigstens acht Jahre besuchen zu können — sei es, „weil die Schulwege zu lang und die Fahrkosten zu hoch, die Lehrmittel zu teuer

sind oder Kinderarbeit gefragt ist.

Aber was ist das für eine Freiheit, wenn die Bildungschance faktisch Warencharakter trägt, die mehr oder weniger erkaufte werden muß? Wie frei kann nun derjenige zwischen den Bildungsangeboten aus wählen, der das „Pech“ hat, arme oder gar arbeitslose Eltern zu besitzen?

Hier müßte die Gesellschaft einspringen und für Gerechtigkeit sorgen. Aber sie versagt; sie muß versagen, weil sie eine kapitalistische ist, weil sie auf dem Gegensatz von Bourgeoisie und Arbeiterklasse, von arm und reich beruht.

So besitzt lediglich die herrschende Klasse Freiheit der Bildung; die Masse der Bevölkerung muß sich mit der „Freiheit“ von der Bildung begnügen.

„Frei“ kann nur derjenige entscheiden, der Schmiergelder für Lehrstellen aufbringen kann, dem nicht einmal ein unter der Hand angebotener Studienplatz für 3000 bis 10 000 DM zu teuer ist. Aber wer kann das bezahlen? Zumeist nur derjenige, der sich an der Arbeit anderer bereichert.

Das Auswahlssystem nach sozialer Herkunft und nicht nach Leistung und Fähigkeiten diskriminiert Millionen junge Leute. Nicht nur für die Schulzeit, sondern fürs ganze Leben. Schlechtere Lernbedingungen sind nun einmal auch Starterschwernisse für den Beruf.

Das haben erst im Herbst 1977 in der BRD rund 27 000 Schulabgänger wieder erfahren müssen. Vergeblich suchten sie eine Lehrstelle. Realschüler und Gymnasiasten wurden im all-